

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

27.11.2020

Handel, Haltung und Schutz exotischer Tiere verbessern Ursachen für Pandemien bekämpfen

In dieser Woche ist der [Handel mit exotischen Tieren](#) im Deutschen Bundestag debattiert worden.

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes sind in den Jahren 2005 bis 2015 z. B. mehr als fünf Millionen Reptilien nach Deutschland importiert worden. Besonders problematisch sind dabei aus Artenschutzsicht Importe von Tierarten, die in ihren Herkunftsländern bereits unter Schutz stehen, allerdings noch nicht international geschützt sind.

Natürliche Lebensräume werden immer kleiner. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Und das ist wiederum auch für uns Menschen eine Bedrohung. Biodiversität und Gesundheit sind auf vielfältige Weise miteinander verbunden.

Wissenschaftliche Studien bestätigen, dass rund 60 Prozent der Krankheitserreger ursprünglich aus dem Tierreich stammen. Ein Risiko der Übertragung von Zoonosen besteht grundsätzlich sowohl im legalen als auch im illegalen [Wildtierhandel](#), wobei das Risiko für das Überspringen und die Verbreitung von Zoonosen bei illegal gehandelten Arten als bedeutend höher bewertet wird, weil Herkunft sowie Transport- und Handelsrouten unbekannt sind und Tiere sowie Tiergesundheit somit keinerlei Kontrollen unterliegen. Entscheidend ist, dass die Wildtiere einen Krankheitserreger in sich tragen können und die Gefahr einer Zoonose besteht bis hin zu der möglichen Entwicklung einer Epi- bzw. Pandemie. Aufgrund der nahen Verwandtschaft zum Menschen gilt dies im Besonderen für Säugetiere.

Der Verkauf von Wildtieren und Exoten erfolgt über Zoofachhändler, Baumärkte, Gartencenter, Tierbörsen und Internethändler sowie über private Tierhalter. Bei der anschließenden Haltung und Betreuung kommt es nicht selten zu Tierschutzdefiziten.

Im Juni 2018 wurde zudem ein [Bericht](#) veröffentlicht, der erstmals deutschlandweit belastbare Daten und Zahlen zur Anzahl, den Haltungsbedingungen und der Erwerbsart von in Privathaltung lebenden heimischen und exotischen Wildtieren liefert.

Die Probleme werden danach vor allem durch fehlende Sachkunde der Halter verursacht. Grundsätzlich sollte deshalb vor dem Kauf jedes Tieres eine ausführliche Beratung seitens des Verkäufers erfolgen. Diese findet jedoch auf Tierbörsen sowie beim Kauf im Internet nicht oder nicht ausreichend statt. Auch im stationären Handel gibt es Mängel. Nicht alle Angestellten im Verkauf müssen derzeit über einen Sachkundenachweis verfügen, so dass interessierte Käufer nicht vollumfänglich fachlich beraten werden können.

Es existiert bislang keine rechtsverbindliche sowie bundesweit einheitliche Verordnung zur Durchführung von Tierbörsen. Ein weiteres Problem stellen die Haltungsbedingungen der Tiere auf den Tierbörsen dar. So werden Tiere regelmäßig in ungeeigneten Behältnissen angeboten.

Der Antrag der Koalition fordert daher, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit in Zusammenarbeit mit den Ländern und auch international verbindliche Mindeststandards für die Durchführung von Tierbörsen definiert werden. Online-Plattformen sollen daher zertifiziert werden.

Auf Ebene der Vereinten Nationen soll ein völkerrechtliches Abkommen zur Bekämpfung von Wildtierkriminalität geschlossen werden, damit ein wirksames Instrument der Strafverfolgung gegeben ist.

Mittelstandskongress

Tausende Unternehmen, gerade im Mittelstand, kämpfen um ihre Existenz. Gleichzeitig gewinnt der Strukturwandel an Tempo. „In dieser Phase müssen wir zeigen, wie sich Zukunft organisieren lässt“, hob der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus zu Beginn des digitalen [Mittelstandskongresses](#) am 25. November 2020 in Berlin hervor. Fest steht: Während sich Deutschland gegen die Folgen der Pandemie stemmt, schläft der Rest der Welt nicht. „Trotz aller Herausforderungen müssen wir Lust auf Zukunft machen“, so Brinkhaus. Die Politik sei zurzeit enorm gefordert: Entbürokratisierung, Geoökonomie, Bildung und Wirtschaft gehörten zusammen. „Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den Blick nach vorn zu richten.“

Prävention für Pflegeeinrichtungen

Präventionsangebote für Pflegeeinrichtungen sorgen dafür, dass Mitarbeiter und Führungskräfte trotz der vielen Herausforderungen im Pflegealltag gesund und leistungsfähig bleiben. Das Forschungsprojekt [Care4Care](#) bietet noch mehr: Das digitale Pilot-Programm [RESIST](#) zur Resilienzförderung für Pflegekräfte ist Teil des groß angelegten Forschungsprojektes. Das digitale Pilot-Programm RESIST richtet sich direkt an Pflegekräfte und bietet sechs wöchentliche Einheiten, die den Aufbau und die Stärkung von verschiedenen Resilienzfaktoren fördern. Neben dem Resilienz-Training können Pflegekräfte als zusätzliche Unterstützung direkt in Kontakt zu ausgebildeten Psychologen der Abteilung klinische Psychologie und Neuropsychologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz treten, um sich individuell coachen zu lassen. Durch diese Betreuung können Pflegekräfte unkompliziert Fragen klären und bei der Trainingsdurchführung begleitet werden. Informationen sind [hier](#) abrufbar.

Debatte über deutsche Identität gefordert

Der Leiter des Essener *Viel Respekt Zentrums*, Ali Can, hat eine Debatte über die Definition deutscher Identität gefordert. „Deutschsein ist Vielfalt, Deutschsein ist die Summe der Menschen, die hier leben“, erklärte Can am Donnerstagabend bei einer Online-Veranstaltung der Essener Stiftung Mercator zum Thema Rassismus. Es habe schon immer unterschiedliche Menschen gegeben, die verschiedene Facetten einer Kultur repräsentiert hätten. „Ich glaube, eine homogene Kultur hat in der Geschichte noch nie existiert“, sagte Can. Die Überzeugung, dass es in der Gesellschaft Gruppen gebe, die sich klar abgrenzen lassen, führe zu Rassismus. Alltagsrassismus sei in Deutschland weit verbreitet, stellte Can fest. Das zeige sich an den vielen Berichten Betroffener. Can hatte im Sommer 2018 das Hashtag #MeTwo in den sozialen Medien initiiert, unter dem Tausende Menschen von ihren

alltäglichen Rassismuserfahrungen berichteten. „Das deutet darauf hin, dass es ein gesamtgesellschaftliches Problem ist“, betonte er. Rassismus entsteht nach seiner Erfahrung dadurch, dass viele Menschen das Gefühl von Verlust hätten, sagte Can. „Es ist ein Destillat an allgemeinen Umbrüchen in unserer Gesellschaft.“ Can veröffentlichte vor drei Jahren ein Buch über seine Gespräche mit Menschen über Zuwanderung und Rassismus. „Bei der Hotline habe ich immer wieder gemerkt, dass Flüchtlinge ein Ventil sind.“ Zugewanderte Menschen seien oftmals eine Projektionsfläche für soziale Probleme und die Ängste vor gesellschaftlicher Veränderung. Das Zusammenleben mit unterschiedlichen Kulturen sei eine Herausforderung für viele Menschen, weil es unbequem sei. „Es ist ein Wachstumsschmerz, der aber zugemutet werden muss“, betonte er. (epd).

Weniger Papierkram

Eltern sollen sich künftig nach der Geburt ihrer Kinder mit weniger Papierkram herumschlagen müssen. Nach dem Bundestag hat am Freitag auch der Bundesrat einem Gesetz für Verbesserungen bei Anträgen auf [Familienleistungen](#) zugestimmt. Es sieht vor, dass die Geburtsurkunde, das Elterngeld und das Kindergeld künftig in einem Rutsch online beantragt werden können. Mit der Reform wird ein elektronischer Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden ermöglicht. Ab 2022 sollen laut Bundesfamilienministerium alle Eltern von den Neuregelungen profitieren können. (dpa)

Steuerzahler dürfen sich freuen

Steuerzahler können sich zum Jahreswechsel auf deutlich mehr Geld freuen. Dank des Ausgleichs der kalten Progression, der Abschaffung des Solis und einer Erhöhung des Kindergelds kommt es zur größten Entlastung seit Jahren. Ein Single zahlt 2021 bis zu 2.000 Euro weniger Steuern und Abgaben als 2017. Eine Familie mit zwei Kindern hat bis zu 4.500 Euro mehr zum Leben, wie eine [neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft](#) (IW) zeigt.

Zitate

„Es ist kein Ausdruck von eingeschränkter Meinungsfreiheit, wenn man mit seiner eigenen Position keine Mehrheit hat.“ (Der Chef der Thüringer Staatskanzlei, Benjamin-Immanuel Hoff, Linke, am Mittwoch im Bundesrat mit Blick auf Proteste gegen Neuregelungen des Infektionsschutzgesetzes.)

„Wir haben es in der Hand. Wir sind nicht machtlos.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU im Bundestag, 26.11.2020, dpa)